

Juli 2012

Liberaler Senioren Initiative Baden-Württemberg e. V.

Gestaltungsmöglichkeiten

**Der Liberaler Seniorentag 2012** am 30. Juni 2012 in Stuttgart stand unter dem Motto: „Senioren gestalten. Engagement in Gesellschaft und Politik“

Im Haus des Landtags hielt Roland Sing, Vorsitzender des Landesseniorenrates Baden-Württemberg, die Hauptrede zum Thema: **Politische und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten durch Senioren**

Sing, der frühere Chef der AOK Baden-Württemberg, wurde im November letzten Jahres mit 96% der Stimmen im Amt bestätigt. Sing, der auch Vorsitzender des Sozialverbands VdK ist, führt den Seniorenrat seit 2008. Der Rat versteht sich als Stimme der gut 2,6 Millionen über 60-Jährigen im Südwesten - das ist ungefähr ein Viertel der Bevölkerung. Der Gesundheitsexperte Sing nimmt im Umgang mit der Politik fast nie ein Blatt vor den Mund. Vor kurzem hielt er Grün-Rot vor, in der Koalitionsvereinbarung stehe so gut wie nichts darüber, wie die Regierung die Folgen des demografischen Wandels für Senioren abfedern will. Wir bringen seinen Redetext im Wortlaut mit freundlicher Genehmigung des Autors.

## REDEMANUSKRIPTE Liberaler Seniorentag '12

### Vorbemerkungen

Der demografische Wandel wird unser Leben und das künftiger Generationen gesellschaftspolitisch ganz nachhaltig beeinflussen.

Alle Daten und Fakten, mindestens bis zum Jahre 2060, stehen heute fest und sind auch in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht umkehrbar. Notwendig ist, dass wir uns dem demografischen Wandel stellen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen mit einer positiven Grundhaltung angehen.

Ende April 2012 hat die Bundesregierung eine Demografie-Strategie verabschiedet. Diese stellt eine Reaktion auf den demografischen Wandel in Deutschland dar. Es ist unter ande-

rem vorgesehen, in einer ganzheitlichen Vorgehensweise und über die verschiedenen Ministerien hinweg eine einheitliche Strategie zu entwickeln, um den demografischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Leider ist die Idee einer Demografie-Strategie bisher in Baden-Württemberg von der Landesregierung nicht aufgenommen worden. Vor über einem Jahr hat der Landesseniorenrat an die grün-rote Landesregierung die Forderung gestellt, in Baden-Württemberg ressortübergreifend die Themen des demografischen Wandels anzugehen.

Einem Land wie Baden-Württemberg, das in vielen Bereichen positive Beispiele

setzt, würde es gut anstehen, nicht nur programmatisch von der Bürgergesellschaft zu sprechen, sondern dies auch unter dem demografischen Wandel als Gesamtstrategie einer Landesregierung zu konkretisieren.

Es genügt uns eben nicht, wenn ein Abteilungsleiter aus dem Staatsministerium dem Landesseniorenrat schreibt, alle Ministerien würden sich an den Ergebnissen der Enquetekommission des Landtags von Baden-Württemberg vom Jahre 2006 orientieren und deshalb sei eine ressortübergreifende Demografie-Strategie nicht erforderlich.

### Demografischer Wandel ist eine gesellschaftspolitische Gestaltungsaufgabe

Aus dem sechsten Altenbericht der Bundesregierung ergibt sich, dass die mit dem demografischen Wandel einhergehenden Veränderungen so zu gestalten und gesellschaftlichen Strukturen anzupassen sind, dass alle Entscheidungsträger(innen) in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sich kritisch damit befassen und prüfen, von welchen Altersbildern sie sich leiten lassen.

In besonderer Weise ist in diesem Zusammenhang für mich wichtig, dass wir die Potenziale des Alters wirklich erkennen und zwar als Nutzen für die gesamte Gesellschaft. Nie waren so

viele Menschen im dritten Lebensabschnitt gesünder und leistungsfähiger als heute. Unglaublich viele bringen sich ein oder haben den Wunsch, sich einzubringen.

Den Letztgenannten fehlt der jeweilige Impuls vielleicht und hier müssen wir ansetzen, so weit wie möglich alle Bürgerinnen und Bürger auf den Weg für ein bürgerschaftliches Engagement mitzunehmen.

Jedenfalls ist es entscheidend, dass wir im Denken wegkommen von der Fokussierung auf Fürsorge und Hilfebedürftigkeit für das Alter. Das Alter ist im

Durchschnitt gesehen im dritten Lebensabschnitt eben nicht auf einen besonderen Schutz ausgerichtet, sondern die Chancen und Möglichkeiten, die sich durch die gegebene Leistungsfähigkeit Älterer ergeben, sind gesellschaftlich zu nutzen.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass eine Politik für ältere Menschen mehr und mehr verstanden werden muss als Teil einer übergreifenden Generationenpolitik. Gerade Potenziale des Alters wirken sich sehr positiv auf die Enkel- bzw. Kindergeneration aus.

Roland Sing



Es gibt nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern es ist auch eine Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger über den gesamten Lebensverlauf hinweg.

Es darf nicht sein, dass einem 55-Jährigen vermittelt wird, er sei z.B. für eine Weiterbildung zu alt.

### Bildung und Alter

Bildung muss für alle Lebensalter selbstverständlich werden. Bildung sollte Kompetenzen für ein eigen- und mitverantwortliches Leben vermitteln und ist ein zentraler Beitrag zur Eigenverantwortlichkeit.

Es gibt nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern es ist auch eine Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger über den gesamten Lebensverlauf hinweg. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass alle Institutionen, die mit allgemeiner und beruflicher Bildung befasst sind, Bildungsangebote für alle Lebensalter unterbreiten.

Der Landesseniorenrat wird nicht müde, auf das Thema neue Technologien

aufmerksam zu machen. So ist es uns ein großes Anliegen, Ältere ans Netz zu bringen und hier sind die Potenziale noch längst nicht ausgereizt.

Leider stellen wir auch fest, dass die Möglichkeiten und Kompetenzen zur Nutzung neuer Medien in der Bevölkerung ungleich verteilt sind. Der Bildungsstand ist dafür genauso bestimmend wie eben das Lebensalter.

Es muss uns allen ein Anliegen sein, auch älteren Menschen Angebote zu machen, um deren Medienkompetenzen zu fördern und diese auch in die Lage zu versetzen, sich mit den Möglichkeiten der digitalen Welt auseinanderzusetzen.

So haben wir eine Kooperation mit dem Volkshochschulverband gegründet. Die Senioren-Internet-Helfer sind eine ganz wichtige Stütze in diesem Zusammenhang, aber auch das generationenübergreifende Miteinander spielt eine große Rolle.

So helfen heute Enkelkinder und Schüler den Älteren z.B. bei der Internetnutzung und umgekehrt wird das generationenübergreifende Miteinander dadurch gestärkt, dass die Kommunikation zwischen den Generationen, und zwar gerade auch durch und mit der älteren Generation, gestärkt wird.

### Alter und Arbeitswelt

Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind als Chance zu nutzen, um z.B. den zu erwartenden Mangel an Fachkräften teilweise begegnen zu können. Wir müssen in den Betrieben zu einer neuen Sicht auf das Alter gelangen. Dabei geht es aber nicht nur darum, länger zu arbeiten - unter anderem auch wegen der Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme - sondern viel wichtiger ist, wenn Ältere länger arbeiten sollen, dass sie dies wirklich auch können.

So sollten z.B. Weiterbildungsangebote oder gesundheitsfördernde Maßnahmen in den Betrieben nicht an innerbe-

trieblichen Altersgrenzen halt machen.

Es darf nicht sein, dass einem 55-Jährigen vermittelt wird, er sei z.B. für eine Weiterbildung zu alt. Wichtig ist aber auch, dass die Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet werden, wobei dies eine zentrale Aufgabe der Tarifvertragsparteien ist. Es geht auch darum, flexible Arbeitszeiten, aber auch flexible Entgeltformen zu finden.

Wenn jemandem der Eindruck vermittelt wird, er solle aus dem Arbeitsprozess ausscheiden, nur weil er kalendarisch ein bestimmtes Alter erreicht hat, ist dies falsch. Arbeit hat auch mit persönlicher Sinnstiftung zu tun und nicht nur mit

Broterwerb. Und wenn hier, gerade in diesem Bereich, mehr und mehr flexible Möglichkeiten genutzt werden, ist dies für die Volkswirtschaft bedeutsam, aber auch für die Lebensgestaltung des Einzelnen.

## Gesundheitswesen

Das Wichtigste ist, dass wir vermehrt Konzepte der Gesundheitsförderung und der Prävention mit dem Ziel der Erhaltung der körperlichen, seelisch-geistigen und sozialen Gesundheit entwickeln und auch umsetzen. Deshalb begrüße ich es sehr, dass im Rahmen der Gesundheitsstrategie der Landesregierung von Baden-Württemberg die Arbeitsgruppe „Gesund älter werden in Baden-Württemberg“ eingesetzt worden ist und bis zum Herbst 2012 konkrete Ergebnisse vorlegen können.

Nachdem ich zum Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppe berufen worden bin, möchte ich ausdrücklich heute schon darum bitten, dass die Arbeitsergebnisse nicht in irgendwelchen Schubladen abgelegt werden, sondern dass die zu erwartenden Empfehlungen auch eine Chance bekommen, dass sie umgesetzt werden.

Neben dem Thema Prävention und Gesundheitsförderung geht es uns um die Stärkung der Rehabilitation, auch der geriatrischen Rehabilitation und somit

um die Verminderung der diversen Formen von Pflegebedürftigkeit. In Baden-Württemberg haben wir dafür hervorragende Angebotsstrukturen auf der Leistungsseite. Insbesondere bei der Gewährung von Leistungen im Einzelfall müssen wir aber noch zulegen. Deshalb haben wir auch, neben vielem anderem, die konkrete Erwartung an die Pflegereform, dass hier im Bereich der Prävention und Rehabilitation deutlich mehr getan wird, als nur Leitsätze in das Gesetz zu schreiben.

Ein wichtiges Feld im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg ist die Thematik der Versorgung des ländlichen Raumes. Wir können uns schon vorstellen, dass viel mehr Ärzte als heute durch intelligentere Zusammenarbeitsformen einschl. sachgerechter Delegationsverfahren entlastet werden könnten. Hier können wir in Baden-Württemberg handeln – gesetzgeberischer Maßnahmen bedarf es nicht.

Auch das bürgerschaftliche Engagement ist im Zusammenhang mit dem Thema

Gesundheitsversorgung gefragt. So wäre es z.B. sehr wichtig, dass Arzt- bzw. Behandlerbesuche von Ehrenamtlichen begleitet werden, so dass nur zwingend notwendige Hausbesuche von Ärzten, aber auch Krankengymnasten, Fußpflegern, usw. durchgeführt werden müssten. Es geht also um flankierende Maßnahmen.

Ein bedeutsames Feld, gerade auch für Baden-Württemberg, ist die Thematik der integrierten Versorgung. Hier geht es mir nicht nur um die medizinische Problematik der integrierten Versorgung, also dass Barrieren zwischen ambulanter und stationärer Versorgung abgebaut werden, sondern mir geht es insbesondere darum, dass zwischen Krankenversorgung und Pflege eine durchgehend integrale Betreuung des Patienten stattfindet. Die starren Grenzen zwischen den Systemen gehen zu Lasten des Patienten, und was nicht unterschätzt werden darf, insbesondere auch zu Lasten der pflegenden Angehörigen.

**Ein wichtiges Feld im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg ist die Thematik der Versorgung des ländlichen Raumes.**

## Bürger-schaftliches Engagement

**So wäre es z.B. sehr wichtig, dass Arzt- bzw. Behandlerbesuche von Ehrenamtlichen begleitet werden, so dass nur zwingend notwendige Hausbesuche von Ärzten, aber auch Krankengymnasten, Fußpflegern, usw. durchgeführt werden müssten.**

**Es geht also um flankierende Maßnahmen.**

## Pflege

Die Veranstaltung heute kann zwar die Notwendigkeiten, die sich aus einer älter werdenden Gesellschaft in Zusammenhang mit Pflegebedürftigkeit ergeben, nicht ausblenden, trotzdem möchte ich nicht auf die sozialpolitische Diskussion der zu erwartenden Pflegereform jetzt eingehen. Dazu wird es hoffentlich noch weitere Gelegenheiten in absehbarer Zeit geben. Von großer Bedeutung ist die Tatsache, dass

die heute schon bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen nicht ausreichend genutzt werden. Hier sollte das Land Baden-Württemberg initiativ werden und pflegenden Angehörigen Hilfen ermöglichen. Was wir dringend brauchen sind mehr integrierte Angebote z.B. der ambulanten Pflege, der stationären Pflege, der teilstationären Pflege, wie z.B.

Tageskliniken und Nachtkliniken. Hier braucht niemand auf den Gesetzgeber warten, sondern die Strukturen müssen angepasst werden. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind da; es gibt zwar sehr gute Beispiele, aber eine Grundentscheidung, wie wir denn wirklich konsequent die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, gerade auch in Baden-Württemberg, nutzen wollen, fehlt.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir rechtlich alle Voraussetzungen haben, eine flächendeckende ambulante palliative Versorgung in Baden-Württemberg zu organisieren; sie steht aber weiterhin noch aus.

Auch hier ist festzustellen, dass es noch keine Kontakte zwischen dem zuständigen Ministerium und dem Landes-seniorenrat gibt ....

Der demografische Wandel wird zentral die Kommunen treffen.

### Pflegestützpunkte

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Thematik der Pflegestützpunkte. Es ist zwar richtig, dass wir in fast allen Landkreisen zwischenzeitlich Pflegestützpunkte eingerichtet haben. Die Frage ist aber deren Wirksamkeit.

Wenn in einem Landkreis 1,5 Stellen eingerichtet sind und aufsuchende Pflege stattfinden soll, dann ist

es nicht schwierig auszurechnen, wie viel tatsächliche Beratung stattfindet. Betroffen sind von dieser Quasi-Unterbesetzung in erster Linie nicht die Pflegebedürftigen, sondern deren Angehörige. Das heißt, hier muss konkret mehr geschehen.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir rechtlich alle Voraussetzungen haben, eine flächendeckende ambulante

palliative Versorgung in Baden-Württemberg zu organisieren; sie steht aber weiterhin noch aus. Mit diesen wenigen Beispielen möchte ich aufzeigen, dass es nicht immer damit getan ist, nach dem Gesetzgeber zu rufen, sondern, wenn rechtliche Rahmenbedingungen bestehen, müssen diese durch konkretes politisches Handeln umgesetzt werden.

### Kommunen und demografischer Wandel

Die Kommunen müssen in eine Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement investieren und damit die Voraussetzung für die Entwicklung und Entfaltung von differenzierten Altersbildern schaffen. Ich komme noch einmal zurück auf das Thema Bildung und zwar in der Weise, dass Ältere Potenziale haben, die es ermöglichen, dass sie in die Bildungsarbeit stärker einbezogen werden könnten.

Im Zusammenhang mit der Bildungsproblematik darf ich anfügen, dass es bislang noch keine Kontakte zum Kultusministerium gegeben hat. Ich denke, dies müssen wir ändern und der Landesseniorenrat wird entsprechend aktiv werden. Derselbe Vorgang ist übrigens im Zusammenhang mit dem Thema Migration festzustellen.

Wir stehen vor der Herausforderung, bei der Entwicklung einer kultursensiblen Altenpolitik (Begriff entstammt dem sechsten Altenbericht der Bundesregierung) mitzuwirken. Die konkreten Belange von älteren Migrantinnen und Migranten müssen besser berücksichtigt werden.

Auch hier ist festzustellen, dass es noch keine Kontakte zwischen dem zuständigen Ministerium und dem Landesseniorenrat gibt und auch da möchte ich ankündigen, dass jetzt der Landesseniorenrat von sich aus tätig werden wird.

Der demografische Wandel wird zentral die Kommunen treffen. Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden in Baden-Württemberg gemeinsame Empfehlungen vereinbart, wie bürgerschaftliches Engagement und Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeiten gefördert werden können. Natürlich wissen wir, dass die kommunale Selbstverwaltung in eigener Verantwortung die ihr obliegenden Aufgaben bewältigen will aber auch muss.

Wir stellen aber erhebliche Unterschiede in Baden-Württemberg bei der Intensität des Herangehens an die Aufgabenstellung des demografischen Wandels fest.

Von vielen positiven Beispielen ausgehend bis hin zu Kommunen, wo wir wenig von Strategien über den demografischen Wandel erkennen können, bzw. erfahren, geht die Band-

breite.

Es gibt viele Notwendigkeiten tätig zu werden.

Themen wie die Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs sind genauso auf die Agenda zu setzen, wie neue Wohnformen in den Kommunen. Übrigens: Zum öffentlichen Nahverkehr ist festzustellen, dass in der Zeit, als Herr Köberle noch für den Verkehr als Staatssekretär zuständig war, eine Diskussion über einen Generalverkehrsplan in Baden-Württemberg geführt worden ist. Danach gab es darüber keine Diskussionen mehr und es stellt sich schon die Frage, wie wir eigentlich mit der künftigen Verkehrsinfrastruktur, gerade in Kommunen, umgehen sollen.

Hier geht es von der

- Fahrplangestaltung über
- Fahrzeugausstattung, über
- Erreichbarkeit von Haltestellen, bis hin zur
- Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr, also über viele Bereiche, die insbesondere Ältere und Hochbetagte betreffen.



## Kommunen und demografischer Wandel: Wohnformen

Wir wünschen uns, dass die Debatte um einen Generalverkehrsplan in Baden-Württemberg so bald als möglich wieder aufgenommen wird. Wir haben beim zuständigen Minister Hermann zwar eine Anfrage laufen, eine Antwort steht allerdings bisher aus.

Bei der Thematik neuer Wohnformen, bei der auch das Thema generationenübergreifendes Miteinander eine große Rolle spielt, stehen wir ebenfalls erst am Anfang der Entwicklung, aber auch hier darf konstatiert werden, dass es schon

gute Praxisbeispiele gibt, aber in breiter Form geschieht doch noch relativ wenig.

Für uns ist es ein zentraler Punkt, dass ein selbstbestimmtes Leben solange wie möglich zu Hause ermöglicht werden sollte.

Hierzu gehören nicht nur barrierefreie und altersgerechte Wohnungen, sondern dazu gehört auch, dass wir uns der neuen technologischen Möglichkeiten bedienen, die ein selbstbestimmtes Leben zu Hause erleichtern. In die-

sem Bereich der alltagsunterstützenden Technik hoffen wir in absehbarer Zeit voranzukommen, wobei nicht vom Erkenntnisgewinn her, sondern von der Zeitachse her hier in Baden-Württemberg deutlich schneller gehandelt werden sollte.

Nachdem wir im Sozialministerium schon für das Jahr 2010 eine Zusage für einen entsprechenden Kongress hatten und diese Zusage dann wieder zurückgezogen worden ist, haben wir zwischenzeitlich unter dem Aspekt

Wirtschaftsförderung und Mittelstand versucht, das Thema alltagsunterstützende Technologien voranzubringen. Entsprechende Gespräche laufen und wir erwarten uns für Baden-Württemberg eine schnellere Gangart.

Wenn wir in diesem Bereich übrigens besser vorankommen, entlasten wir auch Pflegekräfte in Pflegeheimen. Auch ambulante Pflegedienste könnten entsprechende Entlastung erfahren – gesamtgesellschaftlich würde sich dies also sicher rechnen.

## Schlussbemerkungen

Ich habe mit der Notwendigkeit einer Demografie-Strategie für Baden-Württemberg begonnen und hoffe sehr, dass meine Ausführungen dazu beigetragen haben, Verständnis für eine solche Forderung zu wecken. Wir haben über alle Lebensbereiche hinweg Querschnittsaufgaben, die zu bewältigen, aber auch

lösbar sind. Und eines ist mir zum Schluss ganz besonders wichtig: Wenn wir für Ältere Strukturen verbessern, wenn wir Barrierefreiheit unter dem Gesichtspunkt für Ältere wirklich herstellen, dann tun wir dies auch für die nachfolgende Generation. Die Mutter mit dem Kinderwagen profitiert genauso davon,

wie Ältere. Wenn wir die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr stärken, dann sind alle Generationen davon betroffen, nicht nur die Älteren. Insofern kann ich feststellen, dass vieles von dem, was aus dem Blickwinkel für Ältere angedacht wird, zum Nutzen der gesamten Gesellschaft ist.

### Liberales Senioren Initiative Region Stuttgart

Kirchheimer Straße 60  
70619 Stuttgart

liberalesenioren\_stuttgart@a-b-consult.de

Für eine altersoffene moderne  
Gesellschaft

*Die Rede Roland Sings wurde mit großem Beifall bedacht und führte zu einer fruchtbaren Diskussion.*

*Der Beitrag über das Seniorenparlament in Mecklenburg-Vorpommern erscheint in einem separaten Newsletter.*

[www.liberalesenioren-bw.de](http://www.liberalesenioren-bw.de)